



JA

ABSCHAFFUNG DER PAUSCHALSTEUER

ABSTIMMUNGEN VOM 30. NOVEMBER 2014

NEIN

GOLD-INITIATIVE

Liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger

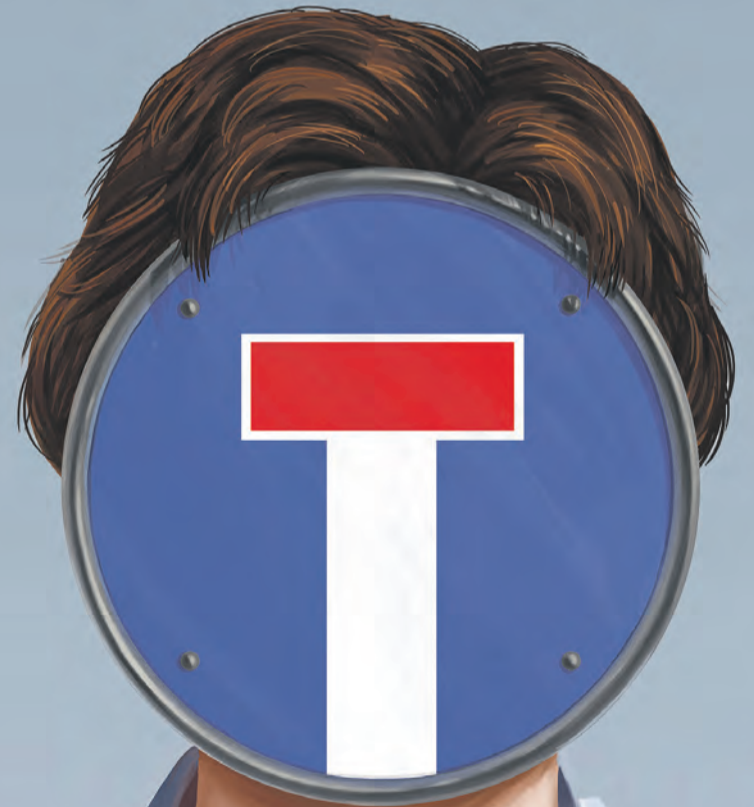
Am 30. November stimmen wir über drei Vorlagen ab: die Ecopop-Initiative, die Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung und die Gold-Initiative.

Die sogenannte Ecopop-Initiative will unter dem Vorwand des Umweltschutzes die Einwanderung drastisch beschränken. Diese Verknüpfung von Umweltschutz und Einwanderung ist unzulässig, denn Umweltverschmutzung macht nicht an den Grenzen halt. Die Initiative ist aber auch gefährlich, weil sie von echten Umweltproblemen ablenkt und stattdessen Fremdenfeindlichkeit schürt, indem sie Migrantinnen und Migranten zu Sündenböcken macht.

Die Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung verlangt die Abschaffung eines Privilegs ausländischer Millionärinnen und Millionäre. Anstatt wie alle anderen ihr gesamtes Einkommen und ihr Vermögen, versteuern sie hier nur einen kleinen pauschalen Betrag, in der Regel das 7-fache ihrer Miete. Dieses Privileg für einige Superreiche ist inakzeptabel und gehört abgeschafft.

Die Forderung der Gold-Initiative schliesslich, wonach 20 Prozent des Schweizer Vermögens in Gold angelegt werden muss, ist unnötig und wäre teuer. Vor allem aber schädete sie der Nationalbank, weil sie diese in ihrer Unabhängigkeit einschränken würde.

Christian Levrat, Präsident der SP Schweiz



NEIN

ECOPOP-INITIATIVE

DIREKT IN DIE SACKGASSE



Die Ecopop-Initiative lenkt von den echten Umweltproblemen ab, widerspricht der Stossrichtung der heutigen Entwicklungszusammenarbeit und schürt Fremdenfeindlichkeit.

Die Initiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» kommt in einem grünen Mäntelchen daher. Tatsächlich enthält sie aber keine einzige konkrete Massnahme zur Lösung von Umweltproblemen. Vielmehr macht sie Migrantinnen und Migranten verantwortlich für hausgemachte Probleme und führt die Schweiz noch weiter in die Isolation. Die Initiative ist unmenschlich und gefährlich.

MigrantInnen als Menschen zweiter Klasse

Die Geschichte zeigt: Braucht die Wirtschaft Arbeitskräfte, holt sie diese. Das gilt auch für den Fall, dass Ecopop ange-

oder später geraten dadurch auch die Arbeitsbedingungen aller andern unter Druck. Ausserdem bedeutete Ecopop ein Ende der Bilateralen Verträge. Ohne geregelte Beziehungen zur EU werden in der Schweiz jedoch Stellen ins Ausland verlagert und abgebaut.

Schwächung der AHV und der Pflege von Betagten

Die ausländischen Arbeitskräfte in der Schweiz sind eine wichtige Stütze für die AHV. Deshalb haben sich auch sämtliche Horror-Szenarien zu den AHV-Finzen als falsch erwiesen. Die AHV erzielt nach wie vor Überschüsse. Mit Ecopop würden viele Beiträge fehlen und die AHV käme

Entwicklungszusammenarbeit auf Abwegen

Eine sinnvolle Entwicklungszusammenarbeit muss die Armut bekämpfen. Die Ecopop-Initiative will dagegen unsinnig viele Gelder in Verhütungsmittel stecken und der Armutsbekämpfung Mittel entziehen. Nicht Gratis-Kondome und Gratis-Pillen sind gefragt, sondern Bildung, Arbeit und Gesundheitsversorgung. Ausserdem muss vor allem die soziale Position von Mädchen und Frauen verbessert werden. Nur wenn

Frauen ein selbstbestimmtes Leben führen können, hat Familienplanung eine Chance.

Migrantinnen und Migranten als Sündenböcke

Migrantinnen und Migranten sind längst Teil der Schweiz. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zu unserem wirtschaftlichen und kulturellen Reichtum. Statt ihre Integration zu fördern, macht Ecopop Migrantinnen und Migranten zu Sündenböcken. Das schürt Fremdenfeindlichkeit.

«Die Ecopop-Initiative ist ein gefährlicher Versuch, die Umwelt auf Kosten der Ärmsten zu schützen. Und sie führt uns noch tiefer in die isolationistische Sackgasse.»

SILVA SEMADENI, NATIONALRÄTIN GR



«Geburtenregulierung lindert weder Armut noch Hunger. Es braucht Gleichstellungsprogramme, welche Mitsprache, Selbständigkeit und Bildung der Frauen fördern. Nur so verbessern sich die Lebensgrundlagen in den Schwellenländern – und dadurch wiederum reduziert sich auch die Anzahl der Kinder.»

YVONNE FERİ, NATIONALRÄTIN AG



NEIN ZU ECOPOP

nommen würde. Um die Beschränkung zu umgehen, würden Arbeitgeber einfach mehr Kurzaufenthalterinnen holen, die rechtlich schlechter gestellt sind als Daueraufenthalter heute. Das ist unmenschlich. Denn Menschen mit einer Kurzaufenthaltsbewilligung müssen in ständiger Angst leben, beim Verlust der Arbeitsstelle auch das Aufenthaltsrecht zu verlieren. Familien würden auseinander gerissen, weil Ehepartnern und Kindern das Aufenthaltsrecht ganz verweigert werden könnte.

Schlechtere Arbeitsbedingungen

Kurzaufenthalterinnen und Grenzgänger lassen sich leicht unter Druck setzen und akzeptieren eher tiefere Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen. Früher

in Schieflage. Zudem führte die Initiative dazu, dass wir nicht mehr genügend Personal für die Pflege und Betreuung alter Menschen finden. Spitex und Pflegeheime müssten ihr Angebot abbauen.

Scheinlösung erschwert Klima- und Landschaftsschutz

Ob Menschen in der Schweiz oder in einem anderen Land leben, ist dem Klima egal. Wer das Klima schützen will, muss beim Umbau des Energiesystems und beim eigenen Ressourcenverbrauch ansetzen. Zudem bringt Ecopop keine Lösung gegen die Zersiedelung und schützt die Landschaft nicht. Dafür müssten die Probleme der Raumplanung angegangen werden, statt die Weiterentwicklung der dazu nötigen Instrumente zu behindern.

DARUM GEHT ES

Die Initiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» will einerseits eine starre Zuwanderungsquote einführen: Die ständige Wohnbevölkerung dürfte noch um maximal 0,2 Prozent pro Jahr wachsen. Mitgezählt würden zurückkehrende Auslandschweizerinnen, angeheiratete Ausländer, deren Kinder und Asylsuchende. Andererseits will die Initiative einen Umbau der Entwicklungszusammenarbeit: 10 Prozent des Budgets sollen zwingend für Massnahmen der freiwilligen Familienplanung eingesetzt werden, um die Geburtenrate weltweit zu senken.

UNNÖTIG UND SCHÄDLICH



Die «Gold-Initiative» will den Handlungsspielraum der Nationalbank massiv einschränken und würde damit ein unnötiges Klumpenrisiko produzieren.



PHILIPP HADORN
NATIONALRAT SO

Auf die massive Aufwertung des Frankens gegenüber dem Euro reagierte die Nationalbank 2011 mit der Einführung einer Kursuntergrenze, an der sie bis heute festhält. Für Unternehmen bedeutet dies

Planungssicherheit. Mit starren Regeln, wie sie die «Gold-Initiative» verlangt, wäre eine solche Geldpolitik unmöglich. Damit würden Arbeitsplätze gefährdet.

Finanzlöcher und Sparprogramme

Die Nationalbank hat im langfristigen Schnitt stets Gewinne erwirtschaftet. Ein Drittel davon geht an den Bund, zwei Drittel an die Kantone. Um die Forderungen der Initiative zu erfüllen, müsste die Nati-

onalbank auf einen Schlag für 65 Milliarden Gold kaufen. Weil aktuell Gold teuer ist, dessen Preisschwankungen gross sind und Renditen kaum absehbar, bleibt das Verlustrisiko sehr hoch. Leidtragende wären Bund und Kantone, die bei einem Verlust auf die Ausschüttungen verzichten und die Ausfälle – etwa mit Sparprogrammen – kompensieren müssten.

Gold als Klumpenrisiko

Als wichtiger Bestandteil einer klugen Krisenvorsorge hält die Nationalbank bereits heute einen Teil ihres Vermögens in Form von Gold. Ein kleiner Teil davon wird in England und Kanada gelagert, damit die Schweiz es im Fall einer Krise an verschiedenen Handelsplätzen verkaufen könnte. Wird die Nationalbank nun aber gezwungen, alles auf die Karte Gold zu setzen, wird ein Klumpenrisiko geschaffen.



DARUM GEHT ES

Die von SVP-Kreisen lancierte Volksinitiative «Rettet unser Schweizer Gold» verlangt, dass die Nationalbank mindestens 20 Prozent ihres Vermögens in Gold halten muss und dieses ausschliesslich in der Schweiz lagern darf. Ausserdem dürfte sie niemals wieder auch nur ein Gramm des Edelmetalls verkaufen.



4 Fragen zur Pauschalsteuerinitiative an Susanne Leutenegger Oberholzer, Nationalrätin BL

Wollen Sie mit der Initiative die Reichen vergraulen?

Nein, ich freue mich, wenn es ihnen hier gefällt. Was aber nicht geht, ist die privilegierte Besteuerung der reichen Ausländerinnen und Ausländer mit dem System der Pauschalsteuer. Das ist ungerecht und benachteiligt die Schweizerinnen und Schweizer: Warum muss Bernie Ecclestone in Saanen bloss den 5-fachen Mietwert seiner Villa versteuern, während Roger Federer in Wollerau auf seinem gesamten Einkommen und Vermögen Steuern bezahlen muss?

In mehreren Kantonen wurde die Pauschalsteuer bereits abgeschafft, weshalb jetzt eine nationale Initiative?

Ja, Zürich, Schaffhausen, Baselland, Basel-Stadt und Appenzell Ausserrhoden haben das ungerechte Steuerprivileg für reiche Ausländerinnen und Ausländer richtigerweise abgeschafft. Der russische Oligarch Viktor Vekselberg verlegte seinen Wohnsitz kurzum in den Kanton Zug, als die Pauschalsteuer im Kanton

«Die Schweiz ist sehr attraktiv und hat sehr viele Standortvorteile, auch ohne Pauschalbesteuerung.»

SUSANNE LEUTENEGER OBERHOLZER

Zürich abgeschafft wurde. Diesen Steuer-Tourismus der Super-Reichen können wir nur stoppen, wenn wir die Pauschalsteuer schweizweit abschaffen.

Ziehen die Pauschalbesteuerten dann nicht einfach ins Ausland?

Die Schweiz ist sehr attraktiv und hat sehr viele Standortvorteile, auch ohne Pauschalbesteuerung. Wir haben einen guten Service public, öffentliche Sicherheit, schöne Landschaften. Davon profitieren auch die reichen Ausländerinnen und Ausländer. Sie sollen wie wir auch nach Massgabe ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Steuern zahlen und nicht aufgrund irgendwelcher Vereinbarungen.

Trotzdem: Wird die Pauschalsteuer abgeschafft, wird es Wegzüge geben. Reisst das nicht Löcher in die Kassen?

Die Steuereinnahmen der Pauschalbesteuerten machen einen viel kleineren Anteil aus, als viele meinen. Auf die ganze Schweiz gesehen sind es nur gerade 0,5 Prozent. Ausserdem wissen wir von kantonalen Abstimmungen, dass Steuerausfälle durch Wegzüge teilweise durch die verbliebenen nun ordentlich Besteuerten und auch durch Neuzuzüge kompensiert worden sind. Meines Erachtens sind die Tage der Pauschalsteuer sowieso gezählt. Die anderen Staaten werden solche Privilegien-Sonderzüge zu Gunsten einiger privilegierter Ausländer immer weniger tolerieren. Die Schweiz sollte aus der Geschichte des Steuerhinterziehergeheimnisses endlich lernen.

INITIATIVE ZUR ABSCHAFFUNG DER PAUSCHALBESTEUERUNG

JA

SCHLUSS MIT PRIVILEGIEN

Die steuerliche Sonderbehandlung von reichen Ausländerinnen und Ausländern ist ungerecht. Sie muss schweizweit abgeschafft werden.

In der Schweiz werden gegenwärtig rund 5500 ausländische Millionärinnen und Millionäre pauschal besteuert. Anstatt ihres gesamten Vermögens und Einkommens versteuern sie nur einen pauschalen Betrag, in der Regel das 7-fache des Mietwerts ihrer Wohnung.

Verfassung muss für alle gelten

Die Bundesverfassung schreibt vor, dass die «Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit» zu erfolgen hat. Dem widerspricht die Bevorzugung einiger Superreicher: Pauschal besteuerte Ausländerinnen und Ausländer profitieren von einem tieferen Steuersatz als gewöhnliche Steuerzahlende mit einem Lohnausweis. Sie bezahlen auch

weniger als gleich reiche Schweizerinnen und Schweizer.

Die Schweiz ist sowieso attraktiv

In fünf Kantonen (ZH, SH, BS, AR, BL) hat die Bevölkerung in den letzten Jahren die Pauschalsteuer bereits abgeschafft – ohne negative Auswirkungen auf den kantonalen Finanzhaushalt. Denn die Schweiz ist mehr als ein Steuerparadies, sie punktet mit hoher Lebensqualität und Sicherheit sowie mit einem erstklassigen Service public.

Mehreinnahmen dank Abschaffung

Die Abschaffung der Pauschalbesteuerung bringt Mehreinnahmen für Bund, Kantone und Gemeinden, denn die meis-

ten der bisher pauschalbesteuerten Personen werden im Land bleiben und ganz normal Steuern bezahlen. Die Behauptung, dass bei einem Ja eine Massenauswanderung der bisher privilegierten Reichen droht, ist reine Angstmacherei.

Gerechte Steuern für alle

Die Pauschalsteuer verletzt die Rechtsgleichheit und untergräbt die Steuermoral. Zurzeit werden rund 5500 ausländische Millionärinnen und Millionäre pauschal besteuert – darunter immer mehr Business-Nomaden und Schein-Erwerbslose, die ihre weltweiten Firmenkonglomerate von hier aus managen.

www.geldadel-stoppen.ch

«Alle sind vor dem Gesetz gleich – das ist die grosse bürgerlich-liberale Errungenschaft gegenüber den Privilegien des Adels. Gerade aus bürgerlicher Perspektive gibt es darum keinen Grund, ausländische Superreiche gegenüber inländischen Superreichen zu privilegieren. Zumal die Abschaffung der Pauschalsteuer im Kanton Zürich keineswegs ein Loch in die Steuerkasse gerissen hat.»

JACQUELINE BADRAN, NATIONALRÄTIN ZH



DARUM GEHT ES

Die Initiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre» verlangt die Abschaffung der Pauschalbesteuerung und damit das Ende der Bevorzugung einiger ausländischer Millionärinnen und Millionäre. Künftig sollen in der Schweiz alle entsprechend ihrem Einkommen und Vermögen Steuern zahlen – ohne Privilegien und ohne Ausnahmen.

PAUSCHALSTEUER?

Von der Pauschalsteuer profitieren ausländische Staatsangehörige, die in der Schweiz Wohnsitz haben, hier aber nicht erwerbstätig sind. Statt ihres effektiven Einkommens und Vermögens versteuern sie nur einen geringen pauschalen Betrag, in der Regel das 7-fache der Wohnungsmiete oder des Eigenmietwerts. Schweizerinnen und Schweizer können nicht pauschal besteuert werden.

